

befehligen, damit auf diesem Wege, wenn andere nicht zum Ziel führen, die Reichsregierung zur Wiederherstellung des Gesetzes über den Achtstundentag gezwungen wird. Von den Bezirks- und Ortsausschüssen des Bundes wird erwartet, daß sie entsprechend den Anweisungen des Bundesvorstandes ihre ganzen Kräfte für das Gelingen dieser Aktion einsehen."

Zur politischen Lage.

„Der Sieg des Bürgerblocks im Reich wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik. Die deutsche Arbeiterschaft befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Wirtschaft ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterschaft gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schleichwegen oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterschaft entgegengetreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Rapp-Putschs bewiesen, daß sie die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu schützen imstande sind. Sie haben während des Ruhrkampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vorkriegsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeugte Vorkämpfer des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederkehr des alten Systems auch die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuß verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschnationalen oder Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterschaft gefährden. Der Bundesausschuß ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerblock zu beweisen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einheitlichen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft scheitern werden."

Das Monopolkapital in Reinkultur.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben den tiefen Abgrund aufgedeckt, in dem sich die deutsche Volkswirtschaft befindet. Wir mußten ja seit vielen Jahren, wie das schwerindustrielle Kapital das wirtschaftliche Leben Deutschlands beherrscht und wie es dort seiner wirtschaftlichen Machtstellung auch schon in den Zeiten, wo die Reaktion noch nicht in die innere Politik eingezogen war, es verstanden hat, sich einen ungeheuren politischen Einfluß zu verschaffen. Unter der Maske der „Sachverständigen“ haben sie auch in diesen Zeiten schon das wirtschaftliche Gesicht des Landes gelenkt. Wir haben die gewaltige Verarmung der schwerindustriellen Unternehmungen vor unseren Augen sich abspielen sehen und konnten die notwendigen Wirkungen dieser ungeheuren Machterweiterung der Industriemagnaten vorlesen. Wir sehen, wie Inflation und Stabilisierung gleichzeitig Wasser auf ihre Mühle bedenkten. Während der Inflation konnten sie dank der Grottskredite der Reichsbank ihre Existenz maßlos erweitern, Neuanlagen errichten und zahlreiche Unternehmungen aufkaufen. Nach der Stabilisierung waren es wieder diese gleichen Kräfte, die unter allen wirtschaftlichen Faktoren am besten abzukommen. Zwar ließen auch sie unter der Betriebsmittelnappheit, was aber damals auf das Pfahler gelehrt wurden. Sie selbst erhielten dank ihrer wirtschaftlichen Bedeutung Kredite von der Reichsbank und von den Privatbanken, auch zur Zeit der großen Kreditengpässe wurden sie als sogenanntes „erste Breiten“ bevorzugt und waren auch später die ersten, die vom ausländischen Kapital Geld zu günstigen Bedingungen erhielten. Auch konnten sie sich durch die teilweise Abhängigkeit von Aktienpaketen, die sie während der Inflationszeit für ein Brot erwarben haben, Geldmittel beschaffen. Sie haben diese Mittel zur weiteren Ausdehnung ihrer Macht verwendet und seit der Stabilisierung in nicht geringerer Maße als während der Inflation Unternehmungen aufgekauft. Wie die Schwerindustrie ihre Substanz zu erhalten und zu vergrößern wußte, davon legen auch ihre Goldbilanzen, so wenig sie auch den wirklichen Reichtum dieser Unternehmungen verraten, und noch mehr die herkömmliche Bewertung ihrer Aktien Zeugnis ab. Die Goldbilanzen, obwohl diese absichtlich die Sachgüter und Vorräte zum allergeringsten Wert angeben, zeigen doch eine höhere Ziffer als vor dem Kriege, und die Aktienwerte dieser Unternehmungen haben auf der Börse eine gewaltige Erhöhung erfahren. Gegenwärtig haben der Kohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie eine befriedigende Konjunktur; diese kann und wird voraus-

sichtlich umschlagen, um einer neuen Absackung Platz zu machen. Die Schwerindustrie sorgt aber im Voraus dafür, daß eine neue Krise nicht für das Kapital, sondern nur für die Arbeit Nachteile bedeutet. Alles, was in Deutschland mit Not und Mühe arbeitet, muß seinen Tribut an das schwerindustrielle Kapital zahlen. Ihm fließen auch ungeheure öffentliche Mittel zu, ganz abgesehen von den riesigen Reichsbankkrediten. Nach dem Friedensschluß wurde es als erstes für die Wagnahme der Lothringischen Werke reichlich entschädigt, vor allen Schichten der durch den Krieg Geschädigten. (Diese Entschädigungslösungen haben die Grundlage zur Entstehung einer Anzahl von Nestentrüben geschaffen.) Vor kurzem erst hat die öffentliche Meinung mit ungeheurer Entrüstung erfahren, daß die Regierung hinter dem Rücken des Reichstages der Ruhrindustrie zur Abgeltung der Wagnahme die ungeheure Summe von 640 Millionen im Stillen ausgezahlt hat, während die übrigen Schichten der Bevölkerung, die infolge des passiven Widerstandes viel mehr verloren und in Notlage geraten sind, leer ausgehen oder erst später vielleicht einige Brocken erhalten werden. Zurzeit weiß noch niemand, wie diese Verluste berechnet wurden.

Hätten wir so bisher schon die Segnungen der Vertrustung auf verschiedene Weise zu spüren bekommen, so sehen wir erst jetzt recht, in welchem Umfang wir den Trustmagnaten ausgeliefert sind. Die zwischen den Vertretern der deutschen eisenverarbeitenden und der eisenverarbeitenden Industrie heimlich getroffene Vereinbarung, die zum erstenmal im französischen „Temps“ veröffentlicht wurde, zeigt uns, wohin die Wirtschaft durch die Vertrustung geraten ist. Die eisenverarbeitende Industrie hat sich in diesem Vertrag der eisenverarbeitenden Volkswirtschaft ausgeliefert. Sie wird dulden, daß die deutschen Eisenzölle erheblich erhöht werden, daß sie das lothringische Eisen nicht direkt von den Erzeugern, sondern durch Vermittlung der eisenverarbeitenden Industrie zu höheren Preisen erwerben muß, und ist sicherlich auch mit der Schaffung eines internationalen Eisentariffs einverstanden. Sie erhält dagegen kümmerliche Brocken: die Zusage der eisenverarbeitenden Industrie, daß sie sich bei den Zollverhandlungen mit Frankreich um die Erlangung des Minimaltariffs für die Produkte der deutschen eisenverarbeitenden Industrie bemühen werde — eine Zusage, die außerordentlich bezeichnend auch für die politischen Verhältnisse ist. Handelt es sich doch bei Verträgen zwischen Staaten um eine politische Angelegenheit, die durch staatliche Organe zustande kommen muß. Die tatsächliche Macht der Schwerindustrie soll aber ausreichen, das Gesetz vorzuschreiben. Die weitere Zusage an die eisenverarbeitende Industrie, als Entgelt für ihre Selbstauslieferung an die eisenverarbeitende Industrie, soll in der Gewährung von Rückvergütungen bestehen, die diese bei der Ausfuhr ihrer Waren von der eisenverarbeitenden Industrie erhalten soll. Im Inland sollen die Preise hoch gehalten werden; damit aber die verarbeitende Industrie ihre Produkte ausführen kann, soll ihr bei Ausfuhr die Differenz zwischen den Weltmarktpreisen und den deutschen Inlandspreisen zurückvergütet werden. Dieses System der Ausfuhrprämien ist das denkbar schädlichste und hat noch niemals zum Guten geführt. Das Ausland erblickt in ihnen eine unbillige Begünstigung, wogegen es mit allen Mitteln der Politik und der Wirtschaft ankämpft, erhöht seine Zölle oder erhöht nachdrücklich selbst solche Ausfuhrprämien. Die internationalen Vereinbarungen vor dem Kriege zielten auf die Abschaffung solcher einseitigen Begünstigungen ab (Daß hier nicht der Staat, sondern ein Industriezweig die Brämie gewährt, macht deshalb keinen Unterschied, weil das ganze System nur durch die vom Staat errichteten hohen Eisenzölle möglich ist.) So wird der weiterverarbeitenden Industrie im letzten Endes nicht leichter abgehen, und infolge der hohen Inlandspreise wird sie ihren Inlandsverbrauch einschränken müssen.

Man fragt sich, wie die verarbeitende Industrie sich zu diesem Handel hergegeben hat. Antwort: Der Segen der Vertrustung. Die eisenverarbeitende Industrie ist mit der eisenverarbeitenden dank der Vertrustung so weitgehend verknüpft, daß ein Widerstand von ihrer Seite nicht zu denken ist. Außerdem sind die Vertreter dieser Industrie ebenso Kapitalisten, die nur an ihren Profit denken, wie die eisenverarbeitende Industrie und haben daher, worauf wir sofort zu sprechen kommen werden, keine besondere Angst vor den hohen Inlandspreisen.

Die Produktionskosten werden sich durch die hohen Eisenzölle erhöhen. Mit der Rechtswendung der Politik liegt sogar die Befürchtung nahe, daß dem Wunsch der Großgrundbesitzer nach Getreideschutz die Folge gegeben wird. Die Schwerindustrie war zu solchem Ruhm immer bereit: Gib mir Eisenzölle und ich gebe dir Agrarzölle. Und in der gegenwärtigen politischen Lage ist die Möglichkeit einer solchen Vereinbarung mehr als je zu befürchten. Demüt wäre aber das Ansehen besetzt.

Die hohen Inlandspreise werden die Drofflung des Inlandsmarktes zur Folge haben, sie werden aber — trotz etwaiger Exportprämien — keinen Aufschwung der Gesamtproduktion, der nur auf der Grundlage einer breiten inländischen Massenproduktion möglich ist, wodurch die auf die Einheit des Produktes entfallenden Kosten vermindert werden, herbeiführen. Man wird dem entgegenhalten: die Trustmagnaten sind Euge, ja gewisse Geschäftsleute, die sich dieser Gefahren bewußt sind. Sie werden also bei ihrer Preisfestsetzung die Verbrauchsfähigkeit ihrer Abnehmer immer berücksichtigen und darauf bedacht sein, die Produktion nur in einer unbedingten Notlage einzuschränken, da die Massenproduktion auf Grundlage niedriger Preise auch für sie lohnender sein kann als eingeschränkte Produktion bei höheren Preisen. Indessen sind diese volkswirtschaftlich unüberlegbaren Feststellungen für die Privatwirtschaft nicht unbedingt maßgebend. Nicht nur weil diese Behauptungen in die Köpfe der Privatunternehmer noch keinen Eingang fanden, sondern weil die Profitinteressen ihnen diesen Weg nicht unbedingt vorzeichnen. Zunächst einmal: je lebensnotwendiger ein Produkt ist, um so mehr muß es trotz des hohen Preises gekauft werden. Kohle und Eisen (Getreide noch mehr) gehören zu diesen Produkten, und es ist deshalb möglich, daß höhere Preise für diese zunächst ungünstigen Einflüsse auf andere, weniger lebensnotwendige Industrien zeitigen werden, was allerdings später auch auf die Kohlen- und Eisenproduktion unangünstig

zurückwirken muß. Wichtiger aber als dies ist die Tatsache, daß sich Produktionsverminderung mit vermehrten Profitten, wenigstens für eine längere Zeit, gut vereinbaren läßt. Der Gewinnertrag kann längere Zeit hindurch bei hohen Preisen und geringem Absatz höher sein als bei geringen Preisen und größerem Absatz. Die Erfahrungen der Nachkriegszeit zeugen hierfür. Daß dabei die breiten Volksschichten verelenden, die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit wächst, die ganze Volkswirtschaft an Sachwerten verarmt, die Volksgesundheit infolge der verminderten Ernährung untergraben wird, sind unvermeidliche Wirkungen. Die Macht des Trustkapitals wird aber im Verhältnis zur Verarmung der Verbraucherschichten sowohl relativ wie absolut wachsen. Ein immer größerer Teil des Nationalvermögens und des Nationaleinkommens wird ihm zufließen. Es kann die noch vorhandenen Reste des Mittelstandes noch weiter enteignen und die Konzentration seines Kapitals noch weiter treiben. Wenn das internationale Eisen- und Stahlkartell, wie es anzunehmen ist, mit gleichzeitigem hohen deutschen Eisen- und Stahlzoll zustande kommt, so wird der hier geschilderte Ausbeutungsprozeß noch leichter vor sich gehen. Gelingt es allen gesunden Kräften des Landes nicht, sich dieser Ausbeutung entgegenzustellen, so wird die Herrschaft des Monopolkapitals in Reinkultur für die Volkswirtschaft, die Lebenshaltung und die soziale Bewegung verhängnisvolle Wirkungen haben.

Konjunktur-Umschau.

Internationale Brausepulverkonjunktur.

Daß die Konjunkturkurve in Deutschland im Monat Januar nach oben gerichtet war, kann nicht bestritten werden. Die Zahl der Konturseröffnungen, die im Januar auf 757 gestiegen ist, gegen 598 im Dezember, 647 im November und 752 im Oktober vorigen Jahres, besagt heutzutage nicht viel. Sie deutet nur darauf hin, daß der Reinkulturprozeß im deutschen Geschäftsleben noch nicht abgeschlossen ist. Es bestehen eben noch eine große Zahl lebensunfähiger Firmen und Gesellschaften, die so oder so von der Wildflut verschwinden müßten. Infolgedessen ist die Konjunkturstatistik ein trügerisches Wirtschaftsbaremeter. Eine deutliche Sprache sprechen die Großhandelsindizes. Der Index des statistischen Reichsamts ist von 134,3 Proz. des Friedensstandes am 31. Dezember vorigen Jahres auf 140,4, am 28. Januar 1925, also binnen vier Wochen um mehr als 6 Punkte heraufgerückt. Diese Steigerung hat ein, obwohl noch Beendigung des Weihnachtsgeschäftes normalerweise ein gewisser Konjunkturrückgang zu erwarten gewesen wäre. Auch die Generalversammlungsberichte der Aktiengesellschaften lauten aus beinahe allen Gewerbezweigen sehr aufmunternd. Dieser Anstieg hat verschiedene Ursachen. Zunächst einmal strahlten naturgemäß die Vorgänge an der Börse auf das Großhandelsgeschäft aus. Bekanntlich haben die mehr als 600 Millionen Reichsmark, die der Ruhrindustrie vom Reichsfinanzministerium heimlich seit Ende Dezember des vorigen Jahres ausgezahlt worden sind, eine charakteristische Verwendung dadurch gefunden, daß die Empfänger die Mittel zum Ankauf von Aktien sowohl der eigenen Unternehmungen wie anderer Gesellschaften benutzten. Der Börsenindex für Montanwerte ist unter diesen Umständen allein in der letzten Januarwoche um reichlich 10 Proz. hinaufgetrieben worden. Das bedeutete natürlich für alle am Börsenhandel Beteiligten einen unvermutheten Gewinn, der zum Teil ins Warengeschäft abfloß. So sind die zwei Drittel Milliarden Reichsmark, die früher durch Ueberbesteuerung dem Volkstörper abgezapft waren, auf dem Umweg über die Börse dem Großhandelsgeschäft zufließen gekommen. Wenn solche große Summen plötzlich auf den Markt gemorren werden, so kann das natürlich nicht ohne tiefgreifende Wirkungen bleiben.

Das ist die eine Ursache des innerdeutschen Konjunkturauftriebs. Sie ist von kurzer Dauer gewesen, und von dieser Seite her ist kein neuer Aufschwung zu erwarten. Etwas anders liegen die Dinge bei dem zweiten Beschleunigungsgrund, der ebenfalls seiner Natur nach ein künstlicher und vorübergehender ist. Das sind die zahlreichen Auslandskredite, die erstmals im Januar im großen Umfang nach Deutschland hereinströmten. Diese Auslandskredite üben nun eine ganz verschiedene Wirkung aus, je nach der Art ihrer Verwendung. Zu einem großen Teil werden sie von den Kreditnehmern dazu benutzt, um Rohstoffe aus dem Ausland zu importieren. In diesem Falle tritt eine Vermehrung des gesamten Güternorrats in Deutschland ein, ohne daß gleichzeitig die Kaufkraft des Landes eine Erhöhung erfährt. Bei solcher Verwendung wird also bei gleichbleibender Nachfrage das Warenangebot vermehrt. Es wird damit ein Druck auf die Preise ausgeübt. Umgekehrt liegt es bei dem Teil der Auslandskredite, der bei der Reinkultur in deutschen Noten umgewandelt wird. Hier erfolgt ohne gleichzeitige Ausweitung des Güternorrats eine Vermehrung der Kaufkraft am innerdeutschen Markt. Die Konjunktur wird dadurch in ungesunder Weise beeinflusst. Insofern liegt in der übermäßigen Aufnahme der Auslandskredite eine schwere Gefahr.

Bei jeder Konjunkturbeobachtung ist freilich in den Vordergrund zu rücken, daß der Geschäftsverlauf in Deutschland in verstärktem Maße beeinflusst wird von der internationalen Konjunktur, insbesondere von dem Geschäftsverlauf in den Vereinigten Staaten von Amerika. Seit wir wieder im Besitze der Goldwährung sind, befinden wir uns in völliger Abhängigkeit von der Kaufkraft des amerikanischen Dollars. Vorübergehende Abweichungen sind denkbar. Aber auf die Dauer müssen die deutschen Preise mit steigen, wenn in Amerika sich dieselben nach oben bewegen, wie umgekehrt jede Preisermäßigung und Geschäftsstockung sich mehr oder minder auf Deutschland übertragen wird.

Wie steht es nun mit der Weltmarktkonjunktur? Hier ist ebenfalls eine außerordentliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Der Index der „Frankfurter Zeitung“ für die amerikanischen Warenmärkte beläuft sich Ende Januar auf 176,39 Proz. des Vorkriegsstandes, gegen 172,2 Ende Dezember und 162,6 Anfang Dezember vorigen Jahres. In erster Linie ist es natürlich die gewaltige Steigerung der Getreidepreise, die hierin zum Ausdruck kommt. Aber während in anderen Zeiten eine Erhöhung der Getreidepreise eher eine Abmilderung der sonstigen Konjunktur im Gefolge hatte, weil die Produktionskosten stiegen und die Kauf-

kraft durch die hohen Lebensmittelpreise erschöpft war, so trat jetzt zu der Aufwärtsbewegung der Getreidepreise ein Aufschwung auf anderen Gebieten hinzu. Auch hier sind es zu einem großen Teil die europäischen Kredite, die für die Bewegung verantwortlich gemacht werden müssen. Die Empfänger dieser Gelder benutzen sie, wie wir das für Deutschland schon gesehen haben, zum großen Teil zu Einkäufen auf dem amerikanischen Markt.

Nach allem, was man hört, ist der Sturzbad von Auslandsgeld noch lange nicht verstrichen. Man muß danach befürchten, daß die Aufpeitschung des Preisniveaus von dieser Seite her noch weitere Fortschritte machen wird. Daß der Krisenpunkt in Deutschland — anders verhält es sich in Amerika — noch nicht erreicht ist, darauf deutet auch die Tatsache hin, daß die Preise der Kapitalgüter in der letzten Zeit verhältnismäßig stärker gestiegen sind, als die Verbrauchsgüter, was erfahrungsgemäß als ein Zeichen fortschreitender Konjunkturverbesserung anzusehen ist. Daß die ganze Bewegung keine gesunde ist, daß sie nicht auf einer Hebung der Kaufkraft der breiten Masse des Volkes beruht, das heißt nach dem Gesagten auf der Hand um so schwerer sind die Gefahren, die sich für die fernere Zukunft aus dieser Brausepulverkonjunktur erheben. Die Erschütterung wird um so größer sein, je stärker zuvor der Schaum den Blick getrübt hat.

Interessenten und Opfer.

(Zum Ruhrrentschädigungsstandal.)

Die deutsche Reichsregierung hat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 700 Goldmillionen als Entschädigung überwiesen. Diese Liebesgabe macht ungefähren zehnten Teil des Gesamteinkommens des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Laufe eines Jahres, mehr als die Ausgaben Frankreichs und Belgiens für den Ruhr-einfall und fast den Betrag der Dawes-Auslandsanleihe aus. Sie wird aus den Steuergroßden des Volkes bezahlt werden müssen, und die Ironie des Schicksals will es, daß die wirklichen Opfer des Ruhrkampfes, die Arbeiter, Beamten und Angestellten in Rheinland und Westfalen, die den Ruhrkrieg noch lange nicht überwunden haben und schwer unter der Industriekrise leiden, aufs neue belastet werden. An sie, die wirklichen Helden an der Ruhr, von denen der Ausgang des Riesenkampfes abhing, hat diese Regierung nicht gedacht, als sie den Großen die Liebesgabe gab. Diese Regierung stellt sich damit auf eine Stufe mit jener Schwerindustrie, die bei den Massen, als der Ruhrkampf abgeblasen wurde, den Eindruck hinterließ, daß sie nicht handelte, wie es einem redlichen Mitkämpfer um die Freiheit des Bodens und die Freiheit der Arbeit zuzum.

Die Regelung zwischen der Industrie und der Regierung wurde in aller Heimlichkeit getroffen: als die Millionen schon ausbezahlt wurden, erfuhr das deutsche Volk, das sie bezahlen mußte, in einer harmlosen Zeitungsnotiz notdürftig von den getroffenen Abmachungen. Erst auf energische Vorstellungen der Arbeitervertreter wurde die ungeheuerliche Tatsache bekannt. Wie die Abmachungen im einzelnen aussehen, ist heute noch dunkel. Schwerindustrie und Geheimratsbureaucratie haben eben die Rippe zusammengedrückt und den Steuerzahlern diktiert. Die Angelegenheit erscheint selbsterklärend in keinem günstigen Licht, wenn man hört, daß ein bekannter Regierungsbeamter, der an dem Abkommen an erster Stelle mitgearbeitet hat, demnächst eine leitende Stelle im Reichsverband der deutschen Industrie übernehmen soll.

Wie groß muß der Einfluß der Schwerindustrie auf diese Regierung sein, wenn sie solche Dinge im Hundumdrehen beschließt? Damit wird aber ein sehr dunkler Punkt in unserem Staats- und Wirtschaftsleben überhaupt berührt. Man hat jahrelang in Deutschland von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung fabuliert. Man meinte damit die Aktionen der Gewerkschaften um Beseitigung wirtschaftlicher Mißstände oder Durchführung durch Gesetz festgelegter Rechte der Arbeiterschaft. Die Leute aber, die mit dem Märchen von der Nebenregierung der Gewerkschaften ihre politischen Geschäfte machten, vergaßen, daß Deutschland heute eine Schwerindustrie hat, daß diese von einer Handvoll Leuten beherrscht wird und daß diese Herrscher heute in Deutschland wirklich regieren. Sie sind die Hauptregierung — nicht zum Vorteil Deutschlands, nicht zum Vorteil der deutschen Wirtschaft. Diese Industrieherrscher, die es während der Inflation leicht hatten mit wirtschaftlichen Erfolgen zu prunken, die auf alles, Staats- und Gemeindebetriebe, das nicht mit Stimmethoden arbeitete, mitteillos herunterblickten, haben sich während der Wirtschaftskrise absolut nicht als die großen Wirtschaftsstrategen bewiesen. Wie oft wurde nicht das eigene Profitinteresse über die Bedürfnisse der Wirtschaft gestellt, so daß mancher in Deutschland, der früher mal dem Märchen von der gewerkschaftlichen Nebenregierung Glauben schenkte, sich jetzt, nachdem er klar sah, ehrlich gestand, daß mehr gewerkschaftliche Nebenregierung nur am Platze sein dürfte. Das liegt in der Natur der Sache: Während der Privatkapitalist nur auf den Profit sieht, müssen die Gewerkschaften das Wohl der Gesamtwirtschaft im Auge behalten, von der ja die ganze Arbeiterschaft, die sich in den Gewerkschaften organisiert, abhängt. Die Politik der Gewerkschaften darf nur eine Wirtschaft kennen, für die sich das ganze Volk als dienendes Glied einsetzt, damit von ihrer Prosperität alle Vorteil haben. Die Politik des Privatkapitalismus kennt nur Interessenten und Opfer. Diese beherrschen den Staat und ziehen aus ihm den Nutzen, sie sind die Objekte der Ausbeutung. Diese streichen die 700 Millionen Liebesgabe ein, jene bezahlen sie —

Die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Ländern.

Die Arbeitslosenziffern der letzten Monate weisen in fast allen Ländern eine Steigerung auf. Da die Wirtschaftslage sich im allgemeinen nicht verschlechtert hat, kann jedoch angenommen werden, daß es sich um die in den Wintermonaten übliche Steigerung handelt. Auch in Deutschland, wo die nach Stabilisierung der Währung eingetretene Wirtschaftskrise im Ansturm ihren Höhepunkt erreicht hatte und wo in den Herbstmonaten eine Verminderung der Arbeitslosenziffer verzeichnet werden konnte, wurde im Monat November eine kleine Zunahme gemeldet. In andern Ländern, wie Ungarn und Rumänien, machen

sich die Folgen der Deflationspolitik immer noch durch große Arbeitslosigkeit bemerkbar. Aus den uns vorliegenden Angaben gehen wir nachstehende Uebersicht über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten des Jahres 1924 in verschiedenen Ländern:

Australien: Nach den Berichten von 412. Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedschaft von 403 060 waren im 3. Quartal 38 482 oder 9,5 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Die entsprechenden Zahlen waren im 2. Quartal 32 708 und 8,3 Proz., im 3. Quartal 1923 28 122 und 7,4 Proz.

Belgien. Nach den Berichten von 1492 anerkannten Arbeitslosenstellen mit einer Gesamtmitgliedschaft von 612 230 waren Ende Oktober 18 444 Mitglieder gänzlich oder teilweise arbeitslos, gegen 19 488 im Vormonat und 12 691 Ende Oktober 1923.

Dänemark. Nach den Angaben der Gewerkschaften und der öffentlichen Arbeitsnachweise betrug der Prozentfuß der Arbeitslosen Ende November 8,6 gegen 6,5 im Vormonat und 11,4 Ende November 1923. Mitte Dezember wurden im ganzen Lande 27 518 Arbeitsuchende gezählt gegen 25 892 in der Vorwoche und 32 000 Mitte Dezember 1923.

Deutschland. Die Zahl der im Deutschen Reich unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. Dezember 436 449 (gegen 426 729 am 15. November) und hat demnach um 2,3 Proz. zugenommen. In den 42 berichtenden Verbänden mit einer Gesamtmitgliedschaft von 3 430 000 waren am 1. Dezember 8,4 Proz. der Mitglieder arbeitslos und 12,2 Proz. Kurzarbeiter.

Frankreich. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Arbeitsuchenden betrug am 29. November 11 863 (7750 Männer und 4113 Frauen) gegen 10 483 Ende Oktober und 9703 Ende November 1923. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug am 4. Dezember 479 gegen 404 im Vormonat und 415 Ende November 1923.

Finnland. Nach den Angaben der Arbeitsnachweise in den größeren Städten betrug die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen am 8. November 1803 gegen 1289 im Oktober und 779 Ende November 1923.

Großbritannien. Von den 979 734 Mitgliedern der berichtenden Gewerkschaften waren Ende November 84 347 oder 8,6 Proz. arbeitslos, gegen 84 659 oder 8,7 Proz. im Vormonat und 110 743 oder 9,9 Proz. Ende November 1923. Von den ungefähren 11 500 000 gegen Arbeitslosigkeit Versicherten waren Ende November 11 Proz. arbeitslos, gegen 11,1 Proz. im Vormonat und 11,5 Proz. Ende November 1923. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen war am 15. Dezember 1 158 000.

Holland. Bei den Arbeitsnachweisen der Gemeinden mit über 5000 Einwohnern waren am 29. November 36 740 arbeitsuchende gelernte und 29 000 ungelernete Arbeiter eingetragen. Bei diesen Zahlen muß jedoch berücksichtigt werden, da die eingetragenen Arbeitsuchenden nicht immer arbeitslos sind und daß von den ungelerten Arbeitern ein Teil zu den teilweise arbeitslos gerechnet werden muß. Von den 252 077 Mitgliedern der subventionierten Arbeitslosenkassen waren am 25. Oktober 16 499 oder 6,5 Proz. gänzlich und 5161 oder 2,1 Proz. teilweise arbeitslos, gegen 6,8 Proz. bzw. 2 Proz. im Vormonat und 10,3 Proz. bzw. 2,4 Proz. Ende Oktober 1923.

Italien. Die Zahl der eingetragenen gänzlich arbeitslosen betrug Ende Oktober 117 051, die der teilweise arbeitslosen 17 668 gegen 111 590 bzw. 21 176 im Vormonat und 199 694 bzw. 75 810 im Oktober 1923.

Kanada. Nach den Angaben von verschiedenen Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedschaft von zirka 155 000 waren Ende Oktober 6,8 Proz. der Mitglieder arbeitslos gegen 5,9 Proz. im Vormonat und 6,2 Proz. Ende Oktober 1923.

Norwegen. Am 10. Dezember wurde die Zahl der Arbeitslosen auf 20 500 berechnet, gegen 16 300 im Vormonat und 18 500 am 10. Dezember 1923. In diesen Zahlen sind nicht einberechnet die bei Notstandsarbeiten beschäftigten Personen, deren Anzahl auf zirka 6000 geschätzt wird gegen zirka 9000 im November 1923.

Oesterreich. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist in der ersten Hälfte Dezember von 115 000 auf 130 000 gestiegen. Am 25. November wurden 88 237 unterstützte Erwerbslose gezählt, im November 1923 77 550.

Polen. Ende September wurden 155 245 Arbeitslose gezählt gegen 159 820 im Vormonat und 52 420 Ende September 1923.

Rumänien. Da es in Rumänien weder staatliche Arbeitslosenversicherung noch Arbeitslosenunterstützung gibt, liegen keine Zahlen über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Uebereinstimmend wird aus allen Städten des Landes berichtet, daß die Zahl der Arbeitslosen in beängstigender Weise anwächst.

Rußland. Nach amtlichen Meldungen war die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Juni 1924 im Bereich sämtlicher Gliedstaaten Rußlands auf 1 300 000 angewachsen.

Schweden. Von den 205 695 Mitglidern derjenigen Gewerkschaften, die über Arbeitslosigkeit berichteten, waren am 31. Oktober 17 344 oder 8,4 Proz. arbeitslos gegen 7 Proz. im Vormonat und 8,2 Proz. im Oktober 1923. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im ganzen Lande wird auf 20 000 bis 30 000 geschätzt.

Schweiz. Die Zahl der eingetragenen Arbeitsuchenden betrug Ende Oktober 9451 gegen 8718 im Vormonat. Im Oktober 1923, wo noch staatliche Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurde, wurden 24 012 Arbeitslose gezählt.

Tschechoslowakei. Nach den amtlichen Mitteilungen betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen Ende September 73 096 Personen gegen 78 774 im Vormonat. Direkt unterstützt vom Staate wurden 7418 (Markt 8491) und von den Unternehmungen 15 590 (August 17 714) Personen.

Ungarn. Ende Oktober waren 13,5 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos, gegen 9,9 oder 13,5 Proz. Ende September und 28 801 oder 15 Proz. Ende August.

Vereinigte Staaten. Nach einem vom Arbeitsdepartement veröffentlichten Bericht, der auf der Grundlage einer 8768 Unternehmungen in 52 Industrien mit 2 616 622 beschäftigten Arbeitern umfassenden Statistik zusammengestellt ist, hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Oktober um 1,7 Proz. zugenommen. 34 der 52 In-

dustrien weisen eine Zunahme von beschäftigten Arbeitern auf. Trotzdem hat die Zahl der beschäftigten Arbeiter im Vergleich mit dem Monat Oktober um 10,8 Proz. abgenommen.

Mehleinfuhrverbot oder Mehlsoll!

Zu dem Artikel in Nr. 5 der Verbandszeitung vom 31. Januar über Mehleinfuhr und Mehlsolle muß ich folgendes erwidern:

Es wird dort gegen die Mehlsolle, auch gleichzeitig gegen die Einfuhr von Mehl polemisiert. Das Mittel aber, wie man die Mehleinfuhr, welche zur Stilllegung der gesamten Mühlen in Deutschland führen wird, unterbindet, ist nicht angegeben. In keiner anderen Industrie bildet der Arbeitslohn eine so untergeordnete Rolle wie in den Mühlen. Wenn englische Kohle, Textilwaren oder sonstige Fertigfabrikate auch aus dem übrigen Ausland nach Deutschland eingeführt werden, so ist im Konkurrenzkampf ein Ausgleich dadurch geschaffen, insofern wohl die Steuerbelastung und Rohstoffe im Auslande wesentlich billiger sind als bei uns, jedoch die Löhne, die in diesen Industriegruppen die ausschlaggebende Bedeutung haben, das Doppelte und mehr als in Deutschland betragen. Wenn man bedenkt, daß eine moderne Großmühle mit einer täglichen Leistung von 400 Tonnen, die in der Lage ist, eine Bevölkerungszahl von über einer halben Million mit Mehl zu versorgen, nur 200 Arbeiter braucht, so kann man daraus ersehen, welche eine geringe Rolle die Arbeitslöhne in der Mühlenindustrie spielen.

In unserer Industrie bilden die steuerliche Belastung und die Rohstoffe die Hauptrolle. Daß wir darin dem Auslande, besonders Amerika, gegenüber, ganz kolossal im Nachteil sind, dürfte jedem bekannt sein. Das Verbot von Mehleinfuhr ist daselbe wie Mehlsolle; daß aber in dieser Beziehung endlich einmal etwas geschehen muß, wenn nicht sämtliche Mühlenarbeiter der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen sollen, ist sicher. Kollegen! Es geht um unsere Existenz. Müge auch der eine oder andere von den jüngeren Kollegen in anderen Industrien unterkommen, so trifft das Los die älteren Mühlen, die jahrzehntelang in ihrem Beruf tätig waren, um so härter.

Ich muß betonen, daß die Gewerkschaft und das Verbandsorgan eine ganz eigenartige Stellung einnehmen. Wenn politische Parteien gegen den Alkohol aufstehen, weil Rohstoffe, die zur Ernährung der Menschen dienen, verarbeitet werden, und Alkohol für den Arbeiter schädlich sein soll, da ist die Gewerkschaft und das Verbandsorgan anderer Meinung, und das mit Recht, denn sie hat die Interessen der Mitglieder wahrzunehmen und für Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Wenn man auf der einen Seite auf politische Ideale nichts gibt, so muß man dies auf der anderen Seite auch tun. Wir Mühlenarbeiter haben schließlich daselbe Recht zu beanspruchen wie die Brauerei- und Spirituarbeiter. Da an den oben angeführten Tatsachen nicht zu rütteln ist, so kann uns nur ein Mehleinfuhrverbot oder Mehlsoll vor Arbeitslosigkeit schützen. Um die Brot- und Mehlerzeugung zu verhüten, könnte eine staatliche Preisfestsetzung eingeführt werden.

Josef Schumacher, Berlin-Köpenick.

Kollege Schumacher geht über unsere Forderung: „Wesentliche Eindämmung der Mehleinfuhr“, hinaus und verlangt: Verbot der Mehleinfuhr oder der Mehlsolle, „wenn nicht sämtliche Mühlenarbeiter der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen sollen“. Das könnte doch nur möglich werden insoweit, wenn die Mehleinfuhr dauernd und mit progressiver Steigerung zunehmen würde. Daran ist nicht zu denken. Gelingt eine wesentliche Beschränkung der Mehleinfuhr, so ist damit den Interessen der Mühlenarbeiter hinreichend gedient, ohne andererseits Schaden zu stiften. Bestände allerdings die Möglichkeit, die für die Befürchtung Schumachers Voraussetzung wäre, dann müßte unser Standpunkt ein anderer werden. Auf die volkswirtschaftliche Seite der Frage brauchen wir in diesem Zusammenhang nicht einzugehen.

Ganz falsch ist aber die Einstellung Schumachers, insofern er Vergleiche zieht zwischen Mehleinfuhr und Alkoholverbot, und unsere verschiedentliche Stellungnahme in beiden Fragen kritisiert. Recht hätte er nur unter der Voraussetzung, wenn das Brotverbot angestrebt würde. Ganz unmöglich erscheint uns auch das in dieser närrischen Welt nicht. Wie man außer gegen den Alkohol auch schon lange gegen den Tabak wütet, gegen Kaffee, Tee u. a. m. in zunehmendem Maße, könnten Menschen auch auf den Gedanken verfallen, daß auch das Brot schädlich ist für Zuckerfranke. Um diesen Schaden für einzelne zu vermeiden, müßte praktisch der Brotgenuß, und demzufolge auch die Mülerei usw., radikal verboten werden. Wenn das angestrebt wird, wird Schumacher mit unserer entsprechenden Einstellung zufrieden sein.

Weil wir Gegner der Mehlsolle sind,

macht uns die „Mühle“ zum zweiten Male den Vorwurf, daß wir uns dabei von parteipolitischen Erwägungen leiten ließen. Der Sache wäre u. E. besser gedient, wenn die „Mühle“ sich mit unseren sachlichen Erwägungen, die wir in Nr. 5 unserer Zeitung brachten, auseinandergesetzt hätte. Wir sind bei unserer Stellung zum Mehlsoll als Gewerkschaft an keinerlei parteipolitische Erwägungen gebunden, sondern betrachten diese Angelegenheit lediglich vom wirtschaftspolitischen Standpunkte aus. Wollten wir in denselben Fehler verfallen, wie die „Mühle“, würden wir schreiben: Die Mühlen treten für Getreidesolle, also für Verbilligung ihrer Rohprodukte, also für eine Verringerung der Kaufkraft der Volksmassen und damit für den Rückgang der Abgabemöglichkeiten der Mühlen ein, und wir könnten dann mit denselben frommen Augenaufschlag wie die „Mühle“ schließen: „Und das nennt sich Interessenvertretung“. Was aber wäre damit der Sache gedient?

Mehlausfuhr aus Deutschland

ist bis auf weiteres nur gestattet, wenn die entsprechende Menge Auslandsgetreide vorher eingeführt wurde. Wann wird endlich die kolossale Mehleinfuhr eingedämmt werden?

Arbeitsrecht.

Verfahren vor dem Arbeitsgericht bei fristlosen Entlassungen.

Berichtigung. Der Schlussatz im Abf. 1 in der Notiz in voriger Nummer der Verbands-Zeitung muß lauten:

Es ist also nach wie vor das Arbeitsgericht, vor dem ein Einspruchsverfahren wegen angeblich unzulässiger fristloser Entlassung anhängig ist, verpflichtet, das Verfahren gemäß § 86 Abf. 2 B.R.G. auszusetzen.

Keine Nötigung.

Anlässlich der Boykottverhängung über die Mohwinkelische Brauerei in Kaisdorf im Juni v. J. sollten sich die Brüder J. und M. einer Nötigung gegenüber dem Rutscher M. schuldig gemacht haben, als dieser mit einem Brotwagen nach Kiel fuhr. Sie wurden aber vom Schöffengericht, das die Anklage für unbegründet erachtete, freigesprochen. Die Amtsanwaltschaft war hiermit jedoch nicht einverstanden, weshalb sie Berufung einlegte.

Die Behandlung vor der Strafkammer ergab denselben Tatbestand wie vor dem Schöffengericht. J. und M. hielten den Rutscher auf der Preeker Chaussee bei Schöngenhagen durch Handhochheben an und teilten ihm mit, daß über den Mohwinkelischen Betrieb die Sperre verhängt sei und daß er ueber nicht weiterfahren solle. Nach Kiel werde er doch nicht durchkommen, da sich bei Gaarden 50 Arbeiter befänden. Der Rutscher setzte sich telephonisch mit seinem Chef in Verbindung, und dieser veranlaßte dann die Feststellung der Personalien von J. und M., und die Erhebung der Anklage folgte. Wie schon vor dem Schöffengericht, so erklärte auch jetzt der angeblich genötigte Rutscher, daß die beiden Angeklagten ihn in keiner Weise bedroht oder am Weiterfahren gehindert haben. Sie hätten ihn vielmehr gesagt, er könne ihretwegen ruhig weiterfahren, aber Zweck habe es nicht, da er bei Gaarden doch angehalten werde.

Nach diesen Befundungen, die von anderen Zeugen bestätigt wurden, beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft selbst die Verwerfung der Berufung der Amtsanwaltschaft. Der Verteidiger schloß sich diesem Antrage an und erweiterte ihn dahin, den zu unrecht Angeklagten auch die Kosten der Verteidigung zu ersetzen. Für diesen Beschuß sei der vorliegende Fall ein Schulbeispiel. Das Gericht erkannte antragsgemäß. Es sei nicht festzustellen, daß die Angeklagten widerrechtlich und durch Gewalt irgendwie auf die Ueberzeugung des Rutschers hätten einwirken wollen. Das Handhochheben sei lediglich zum Anhalten des Führers geschehen, und eine Bedrohung liege auch nicht vor. Somit sei die Freisprechung berechtigt und die eingelegte Berufung zu verwerfen. Da es sich um eine Rechtsfrage gehandelt habe und die Angeklagten nicht hätten willen können, daß der Staatsanwalt die Verwerfung der Berufung der Amtsanwaltschaft beantragen werde, sei es berechtigt, die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse zu übernehmen.

Verbandsjubilare — Verbandsjubiläum.

Wenn Ortsvereine auf ein langjähriges Bestehen zurückblicken und eine Anzahl Jubilare der Organisation in ihrer Mitte haben, dann liegt es in der Natur der Sache, daß an dieser Zeitwende zurückgeschaut wird auf die Anfänge der Organisation, der Mühen, Arbeit und Opfer gedacht wird dazwischen, die schließlich von Anfang an und immer ihren Namen gefunden und das Werk der Solidarität, die Organisation mit geschaffen und gefördert haben. Es ist etwas Schönes um die solidarische Treue, die ewig währt trotz aller Mühen und Anfeindungen, die Not erduldet und Opfer auf sich nimmt, ohne zu wanken in dem Bewußtsein, daß nur der Zusammenhalt zum Aufstieg führt. Ein Vorbild für die jüngere Generation.

Von den verschiedenen Zahlstellen- und Mitgliederjubiläen aus letzter Zeit wird uns über eine Feier aus der Zahlstelle Mainz berichtet, die am 31. Januar stattfand und wo man bedauert, das 32jährige Jubiläum der Zahlstelle mit dem Jubiläum einer Anzahl Verbandsmitglieder verbunden hatte. Der anwesende Kollege B a e r t ließ in der Festrede die Entfaltung der Zahlstelle Mainz-Wiesbaden mit allen ihren Jahren und Schwierigkeiten vorüberziehen und wies auf die schwere und aufopfernde Arbeit besonders der alten Kollegen hin. Er mahnte die Jungen, sich ein Vorbild an den Alten zu nehmen und genau in derselben Weise ihre Schuldigkeit in ihrem Interesse für ihre Organisation zu tun. Ganz besonders erwähnte er die anwesenden Frauen, ihren Männern in wirtschaftlichen Kämpfen eine feste Stütze zu sein. Er zeigte die Erfolge, die durch den schärften Zusammenhalt in Mainz möglich waren und wies darauf hin, daß die Organisation im Rahmen der gesamten Arbeiterbewegung in Mainz ihre Schuldigkeit erfülle. Zum Schluß erklärte er, daß er sich durch eine Funktionärprüfung sowie auch durch das Fest in Mainz davon überzeugt habe, daß ein sehr guter Geist bei den Kollegen in Mainz walte. Er forderte die Kollegen auf, diesen guten Geist weiterhin zu pflegen und könnten sie dann sicher sein, daß sie gemeinsam mit ihrer gesamten Organisation alle Schwierigkeiten der kommenden Zeit überwinden werden. Denn wurden die Jubilare durch den Kollegen Brief geschrieben. Er würdigte die aufopfernde Tätigkeit der Jubilare und hob ganz besonders hervor, daß die meisten von ihnen noch heute Funktionäre unserer Organisation sind. Er gedachte auch des Kollegen Adam Müller, der lange Jahre Vorsitzender der Zahlstelle Mainz-Wiesbaden gewesen ist und durch seine Tätigkeit für unsere Organisation aus dem Bereiche gedrängt worden ist. Desgleichen auch des alten Gewissen Schäfer, der als ehemaliger Kassenverwalter unsere Organisation in der besten Weise unterstützt und gefördert hat. Auch gedachte er noch derer, die vor 32 Jahren bei der Geburt unserer Organisation in Mainz zugegen waren. Für die Jubilare dankte der Kollege Weber der Ortsverwaltung und der Kommission für ihre Anteilnahme und erklärte, daß die Jubilare nach wie vor alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um die Organisation zu erhalten und noch weiter zu fördern.

Rundschau.

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Verbands im Dezember 1924. Von den 66 720 Mitgliedern des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter im Dezember 1924 waren arbeitslos männl. 2,1, weibl. 4,6, zusammen 2,2 vom Hundert; der Kurzarbeit unterlagen männl. 0,3, weibl. 2,4, zusammen 0,5 vom Hundert.

Erhöhung der Verdienstgrenze in der Krankenversicherung.

Der Reichsarbeitsminister hat durch Verordnung vom 10. Januar die Grenze des versicherungspflichtigen jährlichen Einkommens auf 2700 Reichsmark erhöht. Alle Personen, die hiernach neu krankenversicherungspflichtig werden, müssen bis zum 1. Februar 1925 bei der zuständigen Krankenkasse angemeldet werden.

Arbeiterrechtsbeilage der „Gewerkschaftszeitung“.

Zum ersten Male ist der Nr. 5 der „Gewerkschaftszeitung“ wieder eine besondere Beilage für Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung beigegeben. Diese Beilage wird monatlich erscheinen. Der Inhalt der „Gewerkschaftszeitung“ erhält damit eine wesentliche Erweiterung und macht sie besonders unentbehrlich für alle Arbeitersekretäre, Betriebsräte und Beisitzer der Gewerbegerichte und Schlichtungsausschüsse.

Krankentafelbeiträge für Aufwärtserinnen u. dgl.

Aufwärtserinnen, Stundenfrauen und ähnliche Erwerbstätige sind ebenso wie alle übrigen Arbeiter und Angestellten verpflichtet, der Krankentafel anzugehören. Viele Arbeitgeber sind sich nun nicht darüber klar, in welcher Höhe die Krankentafelbeiträge für derartige Hausangestellte zu zahlen sind, weil die Beschäftigten außer bei ihnen auch noch in anderen Haushalten ihrer Tätigkeit nachgehen. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt darüber folgendes: „Steht der Versicherte gleichzeitig in mehreren versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen, so haften die Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die vollen Beiträge.“ Das heißt mit anderen Worten, daß die Krankentafeln irgendeiner der beteiligten Arbeitgeber für die Beitragszahlung in Anspruch nehmen kann, und zwar in der Höhe, wie sie sich nach dem Gesamtverdienst des betreffenden Versicherten ergeben würde. Es könnte nach dieser Vorschrift ein Arbeitgeber unter Umständen in die Lage kommen, auch Beiträge zahlen zu müssen für einen Lohn, den die Versicherten nicht von ihm, sondern von einer anderen Seite erhält. Um den sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, bestimmt das Gesetz weiter: „Auf Antrag eines der Arbeitgeber verteilt das Versicherungsamt die Beiträge.“ Hiernach hätte der in Anspruch genommene Arbeitgeber die Möglichkeit, beim Versicherungsamt eine Beitragsverteilung zu erwirken. In der Praxis hat sich aber das Verfahren etwas anders herausgebildet. Den Antrag auf die Verteilung der Beiträge stellt die Krankentafel, ohne dem Arbeitgeber davon erst Mitteilung zu machen. Das ist für die Arbeitgeber auch bedeutend angenehmer, da sie allen Scherereien hierdurch entgehen werden.

Aus der russischen Gewerkschaftsbewegung.

In der Internationalen Presse-Korrespondenz (Nr. 4) veröffentlicht Dozadov, der Sekretär des Allrussischen Zentralgewerkschaftsrates, einen Bericht über die Lage der russischen Gewerkschaften, demzufolge der russische Gewerkschaftsbund zurzeit 6 036 000 Mitglieder umfaßt, gegen 4 547 000 im Jahre 1923. Nicht organisierte Arbeiter und Angestellte gibt es 3 910 000 oder 8 Proz. Die im Verhältnis zur Einwohnerzahl Russlands (zirka 130 000 000) geringe Zahl der organisierten Arbeiter muß wohl vor allem auf die Lässigkeit zurückgeführt werden, daß die nicht organisierten bäuerlichen Elemente in Rußland den größten Teil der Bevölkerung ausmachen.

Im Zusammenhang mit der Frage des Arbeitslohnes wird gesagt, daß dieser seit dem letzten Kongreß in der ganzen Union der S.R. auf durchschnittlich 63 Proz. des Vorkriegslohnes gestiegen ist. Was die einzelnen Industriezweige anbetrifft, so werden beispielsweise folgende Ziffern aufgeführt: der Durchschnittslohn der Metallarbeiter beträgt 56,6 Proz. des Vorkriegslohnes, der Textilarbeiter 91,7 Proz., der Bergarbeiter 52,2 Proz., der Chemiarbeiter 89,2 Proz.

Will man Vergleiche mit den anderen Ländern Europas anstellen, so kann gesagt werden, daß die Löhne in den meisten dieser Länder die Vorkriegeshöhe erreicht und vielfach überschritten haben.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“ Berlin O. 27. Schilderstraße 61V Fernsprecher: Amt Königstadt 275

7. Beitragswoche vom 8. bis 14. Februar

Abrechnung vom IV. Quartal 1924.

fehlt noch von folgenden Ortsvereinen. Die Ortsverwaltungen werden aufgefordert, die Abrechnung umgehend an den Hauptvorstand einzufenden.

Hannan, Beuthen, Lyden, Potsdam, Schivelbein, Ikehoe, Wiesler, Alfeld, Camburg, Lobenstein, Neustadt a. d. O., Sondershausen, Waldshut, Wolfach-Bieberach, Stuttgart, Homburg, Weilburg, Solingen, Duisburg, Stadthagen.

Genehmigte Lokalbeiträge.

Preis. 10 Pf. ab 6. Woche. Lokalbeitrag 20 Pf. und 5 Pf. für Einlieferung.

Eingänge der Hauptkasse.

vom 2. bis 7. Februar. (Einkommen der Hauptkasse: Berlin 12 079 Branerei- und Mäherenbeiträge G. m. b. H. Berlin O. 27.) Greifswald 200.—, Duisburg 1505.55, Gernode 24.71, Norms 569.73, Hof 125.50, Elm 1361.35, München 2700.—, Coblenz 114.—, Schleswig 19.—, Aachen 616.55, Halle 109.—, Regensburg 1035.—, Berlin 650.—, Leipzig 2300.—, Düsseldorf 3367.80, Guben 275.14, Raumburg 60.—, Driesburg 26.55, Schwemingen 407.59, Hirschberg 84.—, Köln 1796.45 und 91.—, Coblenz 400.—, Preuerhagen 120.—, Coburg 172.72, Gieseler 100.—, Gersdorf 150.—, Hof 500.—, Königsberg N.-Pr. 50.—, Löwenberg 241.35, Linden 100.—, Duerberg 25.—, Rabelitz 53.35, Zühl 56.60, Seiden 4.95, Sittenberg 22.45, Eberfeld 5.29, Leipzig 11.—, Berlin 250.—, Kronach 150.00, Lauterbach 22.70, Hagenburg 40.22, Sangerhausen 150.—, Scherzau 30.—, Stadthagen 179.65, Weiden 79.95, Eberfeld 136.59, Driesdorf 78.23, Eilenburg

1.40, Magdeburg 8.00, Bremen 1272.—, Wambheim 3112.70, Berlin 33.—, Cosel 12.53, Neuhalbesleben 74.50, Seidelberg 200.—, Wargen 300.—, Järfel 70.—, Magdeburg 21.00, München 16.—, Bremen 807.05, Könnern 100.—, Hünigsdorf 300.—, Erieb 10.40, Eiche 235.—, Münsdorf 67.—, Birkelwäld 250.—, Breslau 5.—, Pelsa 64.80, Wambheim 11.20, Stöppelsdorf 750.—, Somburg l. d. Rh. 607.—

Aus den Bezirken und Ortsvereinen.

Abrechnung. Hagen. Dorf: Hof, Dörver, Goehlfir. 35. Alfenstein. (Bericht 1. u. 2. u. 3.) Dorf: Anna, Kaland, Wanger Str. 18. Aufschriften an Hof, Auld, Viehblader Str. 28. Gelsi. Kass.: Erich Schubert, Am Petroleumhafen 1. Freilburg (Schl.). Dorf: Otto-Maier, Rohlf. 6, Freilburg 45. Hürtenberg (Schl.). Friedrich Liebt, Dabulstr. 7. Hürtenberg. Kass.: Adolf Giesede, Langenforde Weg. Wichmannsdorf (Kr. Riehe, Schl.). Dorf: Anna, Richter. Hürtenberg. Dorf: Peter, Eitel, Hübstr. 17. Kass.: Hermann, Schilf, Ebnstr. 69. Hagen. Dorf: Karl Blädderich, Haspe i. Westf., Schulstr. 4. Riehe. Dorf: Kurt Ehrlich, Berliner Str. 22. Neustadt a. d. Orla. Dorf: Paul Gerhardt, Markt 2. Pölsau. Benefikt Wimmer, Ort 15. Hürtenberg. Dorf: Karl Giesch, Kass.: Fritz Laube, Am der Höhe 16. Schwemingen. Dorf: u. Kass.: Hof, Thoma, Rimmerstr. 14. Stendal. Dorf: Karl Piesch, Winkelmannstr. 10. Kass.: Jul. Biermann, Schützenstr. 5. Wehlar. Karl Warte, Dörverstr. 67.

Nachruf.

Im Monat Januar 1925 starben unsere Kollegen: Johann Reinars, Arbeiter, Reichsmonopolverwaltung, Reinickendorf; Bernhard Schulz, Arbeiter, W. u. W. Müller; Fritz Ermer, Brauer, Engelhardt, Pantow; Karl Blatz, Maschinenarbeiter, Köpenick-Schmied; Emil Reilow, Invalide; Ernst Kübler, Stadtmann, Wörmter-Frauerel, Köpenick-Schmied. Wie werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Berlin.

Nachruf. Nach achtmonatlicher Krankheit verstarb am 31. Januar 1925 unser Kollege August Wewel im Alter von 57 Jahren. Ehre seinem Andenken. Ortsverein Wilmster (Westf.)

Nachruf. Gestorben ist der Müller Otto Wintler im 61. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken. Ortsverein Aienburg a. d. E.

Nachruf. Am 29. Januar 1925 verschied unser guter Kollege, der bisherige Kassierer und Schriftführer Johann Gula im 46. Lebensjahre. Ein aufrichtiger Charakter und seine gute Kollegialität sichern ihm ein dauerndes Andenken. Die Kollegen der Konradter Brauereifabrik.

Verbandsjubiläum. Unsere treuen Verbandskollegen Jos. Weber, Jos. Müntzer, Lorenz Wopp, Martin Becker, Seb. Kasper, Jos. Hoff, Jakob Kröger, Aug. Bell, Carl Verward, Konrad Stot, Michael Braum, Philipp Eichborn und Joh. Weimer zu ihrem 25jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche und Liebe aus. A. u. Die Ortsverwaltung. Unsern Kollegen Wilhelm Wismar und seiner lieben Frau Käthe zur Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Greiz.

Unsern Kollegen Gertrud Bergsträßer sowie ihrem Gatten zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Ortsverein Wornitz u. Osthofen.

Unsern Kollegen Wilhelm Kozar, Nierenmühle, und seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Ortsverein Wismar.

Unsern treuen Verbandskollegen Emil Hoff zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Nordhausen.

Unsern Kol. Johann Pfeffermann und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Ehrengel. Scharpenfeld-Brauerei, Abt. Reichshausen.

Unsern Kollegen Wilhelm Gluka und seiner lieben Frau Anna zur Silberhochzeit nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen des Bürgerlichen Branntwein, Bern.

Unsern Kollegen Johann Steinbauer nebst seiner lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. Die Kollegen und Kolleginnen der Bierbrauerei, Ainsbach.

Unsern Kollegen Walter Gwert und Frau Hanni zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. Anlässlich seiner 25jährigen Verbandszugehörigkeit am 1. März unsern Kollegen Wilhelm Koch, Brauer, zur ehrenvollen Erinnerung.

Die Verbandskollegen der Norddeutschen Malz- und Handelsgesellschaft u. G., Hamburg

Mehrere Brauer resp. Mälzer werden für sofort gesucht. Stettiner Verschleiß-Brauerei u. G., Stettin l.

Liefere wieder Galoschen, 2-Schnallen-Brauerschuhe, Schnürschuhe und Schaffstiefel mit Holzsohlen in albel u. rell. Bore. Krist. porozfrei. JOHANN DOM, Kiel, Michelfenstr. 12.

Brauerschuhe aus Sternleder, wasserfest, extra starke Holzsohlen, Paar 7,50 Mk. Fern. d. Nachnahme. Eichenauer 5 Hagn, Feunreiter, München, Le. Ererstr. 5 ll.

HELLOP 1924! „Wasserfest!“ (Prima Sternleder), Fern-u. Eichenauer, schöner, Eichenauer, Hochkarboniert, liefert stets zu günstigsten Preisen nur. Josef Urban, Cham v. Bay. Vertretung für Rhein u. Fern. Franz Rehn, Köln-Ehrenfeld, Piusstr. 68.

Spezial-Brauerschuh Prima Sternleder! Wasserfest! Nr. 7,50 und 5 Pro. Fernungs-zuschlag. G. Armin Schlenzky, Eisenberg in Thür.

Junger, tüchtiger Brauer mit guten Zeugnissen, gesucht. Selbstgefärbene Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an Hansa-Brauerei N.-G., Lübeck.

Brauerholzschuhe Neues Modell. Doppelsohle D. Nr. Sorte II Doppelsohle S. — Nr. Georg Dietl, Spandau, Alterstraße 29. Zwei Stellen werden gesucht.

Billige böhmisches Beckedem 1 Kilo graue geschliffene G.-M. 3.—; hellweisse G.-M. 4.—; weiße G.-M. 5.—; bis 10.—; beste Sorte G.-M. 12.— bis 13.—; weiße ungechliffene Kupferden G.-M. 7.—, 8.—, 11.—; Fernand franco, Zollfrei, gegen Nachnahme. Muster frei. Umkehr oder Rücknahme gestattet. Benedikt Sachl, Lobes No. 15, bei Pilsen, Böhm.